

Thomas Meyer

## Die SPD muss erkennbar bleiben

### Den Kompromiss nicht überdehnen

»Der Kompromiss ist die Verwirklichungsform des Ideals auf Erden.« Mit dieser überraschenden Pointe hat der »Urvater« des Godesberger Programms der SPD, der Philosoph und Sozialist Leonard Nelson, Wesentliches zur Feststellung der sozialdemokratischen Identität beigetragen. Der große historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der die fortgeltende Grundlage der sozialstaatlich-kapitalistischen Demokratien Europas bildet, entspringt diesem Geist. Die generative Idee der Sozialdemokratie, das normativ Richtige in der wirklichen Welt funktionsfähig und im politischen Gemeinwesen mehrheitsfähig zu machen, ist auf die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Kompromiss angelegt. Doch da beginnt auch schon das ungelöste Problem der Sozialdemokratie: Welcher Kompromiss und wie viel davon? Die unverjährende Formel Nelsons, Grundlage der großen historischen Erfolge der Sozialdemokratie und lange Zeit auch ihres tadellosen Ansehens in den europäischen Gesellschaften und in der Welt enthält ja neben dem Lob des Kompromisses als Bedingung jeder praktischen Politik, welche die Wirklichkeit tatsächlich verändern kann, auch die unbedingte Bindung an das sozialdemokratische Ideal: die gleiche Freiheit. Das Ideal muss den Kompromiss bestimmen, nicht umgekehrt. Wo das Ideal – in der Begründung und im Ergebnis – als Seele der tatsächlich in der Tagespolitik geschlossenen Kompromisse nicht mehr klar erkennbar ist, gelten diese – keineswegs zu Unrecht – als fragwürdig oder gar charakterlos. Der große historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit hat die Grundlagen einer sozialen Demokratie geschaffen, in der Eigentum *und* Mitbestimmung, Märkte *und* Regulierung, Wettbewerb *und* soziale Sicherung, immer bezogen auf das übergeordnete Ideal, miteinander verbunden und als Grundlagen der Demokratie wirksam sind. Diese Synthese im Programmatischen wurde bündnispolitisch untermauert durch Willy Brandts Formel, dass nur das Zusammengehen zwischen dem »aufgeklärten Bürgertum« und der »demokratischen Arbeiterschaft« soziale Demokratie realisieren kann. Beide Seiten gemeinsam, die sachliche und die machtpolitische, bilden die Substanz des sozialdemokratischen Kompromisses. Viele kleine Kompromisse haben seither an diesem Werk weiter gebaut, in letzter Zeit mitunter im Zweifel, ob mancher proklamierte Umbau nicht eher ein Abbau sei.

Mühevoll war der langsame Aufstieg der Sozialdemokratie von der verfeimten und machtlosen Minderheit ihrer Gründerjahre in der Mitte des 19. Jahrhunderts, über die kurzen, von schwersten Krisen überschatteten Regierungsjahre in der Weimarer Republik, der großen Enttäuschung über die überraschend fortdauernde Minderheitsposition in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, ihrem Wandel zur pragmatischen Reformpartei in Godesberg 1959 bis hin zur ersten Regierungsführung in der zweiten deutschen Demokratie unter Willy Brandt 1972. Mehr als ein volles Jahrhundert, in dem die Partei den Kern ihrer kulturell-politischen Identität unbeschädigt bewahren konnte, ebenso wie ihre Glaubwürdigkeit als erster Anwalt der sozialen Demokratie.

Die allzu lange Oppositionszeit, die ihren unbestreitbar erfolgreichen Regierungsjahren folgte, erklärte der liberale Vordenker Ralf Dahrendorf mit der bündigen These, das sozialdemokratische Potenzial sei historisch erschöpft, weil alle großen Ziele der Partei nun erfüllt seien. Der Mohr hatte, aus liberaler Sicht, seine Schuldigkeit getan. Dahrendorf hatte sich gründlich geirrt, denn alsbald regte sich neues Leben im sozialde-

mokratischen Revier fast überall in Europa und Ende der 90er Jahre regierten die dazugehörigen Parteien beinahe strahlend in den wichtigsten Ländern des Kontinents allein oder zumindest mit. Überraschend war das im Grunde nicht, denn es zeigte sich bei der Musterung der in dieser Zeit in den Vordergrund drängenden Probleme schnell, dass die generative Idee der sozialen Demokratie – Vorrang der Demokratie vor der Ökonomie und gleiche Freiheit – auch für kapitalistisch geprägte Gesellschaften in Wahrheit unerschöpflich ist und auch in gründlich veränderter Lage ein tauglicher Kompass bleibt – sogar, wenn auch auf neue Weise, in der durch die Globalisierung der Märkte stark veränderten Landschaft. Es galt freilich, den Kompass auf die neuen Koordinaten einzustellen und den historischen sozialdemokratischen Kompromiss – in der Sache und bündnispolitisch – mit neuem Leben zu füllen.

In Deutschland ist das im Wahljahr 1998 dem Kandidaten Gerhard Schröder gut gelungen, indem er die beiden Paare von Signalen wirksam und glaubhaft miteinander verband, die entsprechend der Brandtschen Formel für sozialdemokratische Wahlerfolge den Ausschlag geben: Auf der Programmebene die Kombination der politischen Ziele Innovation und Gerechtigkeit und auf der Bündnisebene die Verkörperung von Mittelschicht und Arbeiterschaft im politischen Persönlichkeitsprofil Schröders, in dem sich seine Herkunft aus dem Arbeitermilieu und seine erwiesene Offenheit für »moderne« Wirtschaftspolitik verbanden – zumindest in den ersten Jahren. Die Überlegungen, die einer der beiden Strategen dieses Wahlkampfes, Matthias Machnig (mit Franz Müntefering), der Kampagne zugrunde gelegt hatte, erfüllten sich weitgehend. Er hatte das sozialdemokratische Erfolgsrezept ausführlich erläutert, das in der Partei nicht in Vergessenheit geraten darf: Alles komme darauf an, nicht nur das eigene Programm herauszustellen und nicht nur einen in der Wählerschaft populären Kandidaten zu finden, sondern für die unanfechtbare »Einheit von Programm, Person und Performanz« zu sorgen. Das Programm muss inhaltlich die Brücke zwischen den großen Herausforderungen und Kräften schlagen, die einen erneuerten sozialdemokratischen Kompromiss tragen können und sie muss einen Kandidaten präsentieren, der diese Botschaft in den Augen beider großen Milieulager überzeugend verkörpert, die für die Realisierung dieses Programms politisch ausschlaggebend sind. Das hat funktioniert. Aber: Was genau, so stellt sich im Nachhinein die Frage, bedeutet die »Performanz« in dieser strategischen Trias – damals und was entspräche ihr heute?

*»Einheit von  
Programm, Person  
und Performanz«*

Im vergangenen Jahrzehnt ist jedenfalls klar geworden, dass weder plausible Programme (geschweige denn deren rasche Auswechslung, wenn es nicht sofort funktioniert) noch die wirtschaftliche Kompetenz des Kandidaten für sich genommen und noch nicht einmal gute Regierungsleistungen der Partei genügen, um ihr Wählerpotenzial auszuschöpfen und ihr gesellschaftliches Ansehen zu pflegen. Es ist nämlich nicht zu leugnen, dass der abrupte Wechsel in der Politik Gerhard Schröders in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit, anscheinend unvermittelt weg vom Versprechen »Innovation und soziale Gerechtigkeit« hin zur Agenda 2010, bei allzu vielen als Aufweichung des historischen Selbstverständnisses der Sozialdemokratie als Schutzmacht der kleinen Leute gewirkt hat (was auch immer ihre tatsächlichen Verdienste ansonsten waren). Dieser empfindliche Vertrauensverlust wirkt weiter. Das ist der Grund, warum auch in der allerjüngsten empirischen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit intensiver Kleingruppenbefragung die SPD mit einem unsteinen Heranwachsenden verglichen wird, unscharf in Charakter und Profil und leider nicht ganz verlässlich. Das trifft ins Mark, weil ein solches Defizit tiefer reicht als in die Schichten, wo neue Programme oder eine besser gekonnte Ansprache wirksam werden.

Es erweist sich, dass die Performanz, die in der strategischen Trias gemeint war, sich in der höchst wichtigen Verkörperung des sozialdemokratischen Programms durch einen glaubwürdigen Kandidaten im Wahlkampf nicht erschöpft, sondern das gesamte Handeln der Spitzen-Repräsentanten der Partei auf ganzer Strecke, vor allem eben *Discourse matters* auch nach den Wahlen, sensibel einschließt. Widersprüche zwischen »Performanz« und programmatischer Identität führen, kaum überraschend, zu Abwendung und Entfremdung. Der Vertrauensbruch, der in den Augen vieler ehemaliger Stammwähler, vor allem im Gewerkschaftsbereich, durch Teile der Agenda-Politik erfolgte, wäre vermutlich geringer ausgefallen, hätten die Verantwortlichen eine für sozialdemokratische Reformpolitik lebenswichtige Maxime beherzigt, die nur wenige Jahre zuvor als Fazit vergleichender empirischer Forschung von der Bostoner Politikwissenschaftlerin Vivien A. Schmidt formuliert worden war: *discourse matters* – auf den Diskurs kommt es an. Mitte-links geführte Regierungen in Europa, deren Regierungschefs geplante Rückschnitte im Sozialstaat in einen überzeugenden sozialdemokratischen Diskurs einzubetten verstanden, der zeigte, wie die »Reformen« mit akzeptierten Grundwerten verbunden sind, wo die sicheren Grenzen beabsichtigter Zumutungen liegen und wie die sozialdemokratische Substanz ihrer Gesellschaften auf dem eingeschlagenen Weg geschützt werden soll, wurden im Gegensatz zu jenen, die darauf verzichteten, in den nachfolgenden Wahlen nicht abgestraft. In der SPD wurde (und wird noch immer) die Macht des eindringlichen und überzeugenden Diskurses sträflich unterschätzt. Natürlich wäre die Agenda-Politik wegen Hartz IV auch mit offensiver Begründung bei vielen auf geringe Zustimmung gestoßen, aber ihre leidenschaftliche Begründung im Dialog mit der Gesellschaft hätte (wie in den Vergleichsländern) weniger Vertrauen zerstört. Ein Stück Unabhängigkeit von der medial betriebenen Umfragedemokratie und mehr Vertrauen in die Wirkung des überzeugenden Diskurses sind also gefragt. Wenn wichtige Politikziele, etwa die Steuergerechtigkeit, erst einmal fallen gelassen werden, wenn sie in den Umfragen »nichts bringen«, und dann bei nächster Gelegenheit wieder auf die Agenda gesetzt werden, wenn der Wind sich zu drehen scheint, entsteht unvermeidlich der Eindruck von Wankelmut, Unzuverlässigkeit und Profilarmut.

Für die Lehren aus alledem für eine aussichtsreichere Erfolgsstrategie zeichnen sich aus den Erfahrungen und Debatten des letzten Jahrzehnts einige Grundsätze, aber auch Fragen ab, die bald beantwortet werden müssen.

*Erstens:* Es muss mehr Mut aufgebracht werden, auch riskante Diskurse zu wagen, wenn es um sozialdemokratische Kernthemen (rund um die Gleichheitsfrage) geht, zu denen aber aus dem Machtkartell sich wechselseitig bestätigender Medienmeinungen und Meinungsumfragen anfänglich nur Gegenwind kommt. Ansonsten würde auf Dauer Wesentliches, was der Sozialdemokratie am Herzen liegt, geopfert werden. Dem anfänglichen medialen Veto darf nicht zu schnell entsprochen werden, zumal die kritische Haltung der Gesellschaft gegenüber den dominierenden Medien wächst. Die Bereitschaft zur Selbst-Kupierung angesichts der Medienmacht und der oft auf sie zurückgehenden Umfrageergebnisse kostet eher Sympathien und Respekt als der besseren Verbreitung der Botschaft dienen.

*Zweitens:* Die Brandt'sche Einsicht, dass eine sozialdemokratische Partei politisch nur erfolgreich sein kann, wenn ihr sowohl im Programmprofil wie strategisch ein Bündnis zwischen aufgeklärtem Bürgertum (heute: Mittelschichten) und der Unterklasse (heute: Geringverdiener, Prekäre, Abgehängte) gelingt, bleibt Dreh- und Angelpunkt einer erfolgversprechenden Strategie. Zutreffend bleibt auch Sigmar Gabriels Merksatz, die politische Mitte sei nie schlicht gegeben, sondern werde stets politisch gemacht. Bleibt

die Frage, ob eine zu starke Konzentration auf die »Mitte« nicht die Sozialdemokratie zu einer sozialliberalen Partei machen müsste mit schwindender Aussicht auf Regierungsführung?

*Drittens:* Die sozialdemokratische Identität haftet an ihrer Ursprungsidee, dass wirkliche Freiheit zwei Seiten hat: die negative der Abwehr gegen die Übergriffe der Macht und die positive der individuellen Verfügung über die sozialen Güter für selbstbestimmtes Handeln. Das schließt ein hohes Maß an Grundgleichheit beim Zugang zu den die Freiheit ermöglichenden Gütern ein (Bildung, Gesundheit, Einkommen, soziale Sicherheit). Da stellt sich die Frage: Müssen diese Leitidee und die Bereitschaft der Partei, für sie zu kämpfen, nicht ständig im Bewusstsein der Öffentlichkeit wach gehalten werden?

*Viertens:* Die Sozialdemokratie ist öffentlich nur glaubwürdig, wenn sie über ein, zwei Persönlichkeiten an der Spitze verfügt, die ihr Profil (das soziale und das wirtschaftliche) überzeugend verkörpern. Es reicht gerade auch in der Mediengesellschaft nicht aus, wenn politische Anwälte die gute Sache gekonnt vertreten – es geht um Verkörperung. Nicht alle sozialdemokratischen Kompetenzen müssen oder können in einer einzigen Führungsperson verkörpert sein.

*Fünftens:* Ohne eine glaubwürdige Machtperspektive lässt sich das sozialdemokratische Wählerpotenzial (von ca. 35 %) nicht ausschöpfen und schon gar nicht mehren. Vermutlich dürften ohne plausible Machtperspektive 5-8 % der Sympathisanten die Nichtwahl (oder die Wahl der Konkurrenten) vorziehen. Wie sehen die Wege aus, um dies zu vermeiden?

*Sechstens:* Jedes Liebäugeln mit der populistischen Wunderdroge der aggressiven Absage an »Multikulti« (was immer das sein mag) stärkt den Rechtspopulismus und bringt der Sozialdemokratie nichts anderes ein als Verachtung im aufgeklärten Bürgertum und den migrantisch geprägten Milieus. Ihre eigene Position eines kulturellen Pluralismus der Anerkennung darf nie zweifelhaft werden.

*Siebtens:* Die Sozialdemokratie muss ihre Absichten durch einen von einer »neubürgerlichen« Journalistenmentalität beherrschten medialen Block hindurchschleusen. Dieses Dilemma kann nur um den Preis der Selbstbeschädigung durch Unterwerfung gelöst werden. Offensive Diskurse sind der bessere Weg.

Gegenwärtig ist das Bild der Sozialdemokratie, nur zum Teil zu Unrecht, eher durch ihr Schwanken zwischen unverträglichen Positionen als durch die Kraft zum guten Kompromiss geprägt. Und hinter den guten Kompromissen, die sie in der Koalitionsregierung schließt, leuchtet zu wenig von der Idee hervor, um die es dabei geht. Bei einigen für das sozialdemokratische Versprechen maßgeblichen Fragen regiert eher das Sowohl-als-auch: In der Europa-Politik dominiert der Eindruck, die Merkelsche Austeritätspolitik, zusammen mit dem Exekutivenföderalismus, der Missachtung der Sozialunion, und der Vorfahrt deutscher Interessen würden von der SPD hingenommen – während sich in ihren Programmen dazu die öffentlich wenig verfochtene Alternative findet: europäische Solidarität, EU-weite Sozial- und Beschäftigungspolitik, Wirtschaftsregierung und Demokratisierung. Während die Programme der Partei auf die Überwindung der drei hauptsächlichen Klassenspaltungen (in der Bildung, der Gesundheit und bei der Verteilung) drängen, legt der öffentliche Eindruck nahe, der Partei seien diese Debatten nicht mehr so wichtig. Und während die Programme und viele Führungspersonen im interkulturellen Verhältnis klare Position für die gleiche Anerkennung aller demokratisch fundierten kulturell-religiösen Identitäten beziehen (mitsamt dem chancengleichen Zugang aller zu allen sozialen Gütern und Schlüsselressourcen), scheint immer mal wieder ein Liebäugeln mit einer unverdauten

*Das »Sowohl-als-auch« beenden*

»Multikulti«-Kritik à la Sarrazin hindurch. Dieses Sowohl-als-auch kann nur durch eine klärende Debatte beendet werden, auch wenn sie Staub aufwirbelt. Das macht die Grenzen des Kompromisses wieder kenntlich.

Bleibt die Machtfrage. Die Hoffnung, die sozialdemokratische Partei könnte in absehbarer Zeit noch einmal an Willy Brandts 45 % der Stimmen heranrücken, ist eine Illusion – obwohl: Diese 45 % sind ja noch da. Vermutlich auf längere Zeit müssen sich jedoch die drei Parteien, die heute das Mitte-Links-Spektrum repräsentieren (SPD, Grüne und Linkspartei), dieses große Tortenstück nun teilen. Volkspartei zu bleiben, dürfte für die SPD unter diesen Bedingungen nun bedeuten, eine Form der äußeren Kooperation (deren es ja mehrere gibt) zwischen diesen Kräften und den Wählern von Mitte-Links zu finden, in der sie das orientierende Zentrum ist. Sie hat schon klargestellt, dass es allein auf den Willen der Linkspartei zur politischen Erneuerung ankommt, ob diese dafür künftig infrage kommt. Allein mit den GRÜNEN wird nicht viel zu machen sein, zumal Teile ihrer Führung im Bündnis mit den einflussreichsten Massenmedien ohnehin in eine »bürgerliche Koalition« streben, wohl ohne Zögern, wenn eine andere Option von vornherein ausgeschlossen ist.

Eine überzeugende Plattform für diese Kooperation bietet sich an. Dass wir in eine neue Phase der gesellschaftlichen Unsicherheit gleiten, wussten wir. Nun haben anerkannte Wissenschaftler wie Heinz Bude jüngst die beunruhigende Diagnose gestellt, Tendenzen zur Abstiegsangst in der Mittelschicht und zur wachsenden Exklusion großer Teile der Unterschicht bereiten allmählich den abschüssigen Weg in eine Gesellschaft der Angst. Zu erwarten sind bei den vielen Betroffenen Anomie und Apathie oder Fundamentalismus und Revolte, derweil sich die zahlungskräftige »Elite« der Gesellschaft in Parallelwelten gekaufter Teil-Sicherheiten verschanzt. Da ist die Sozialdemokratie gut beraten, sich darauf zu besinnen, dass sie vor allem die Partei der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte ist, die jeder Bürgerin und jedem Bürger die verlässliche Sicherung der sozialen Grundlagen ihrer bzw. seiner Freiheit, also menschliche Sicherheit gewährleistet. Soziale Demokratie unterscheidet sich ja nicht in erster Linie von ihren politischen Konkurrenten durch die Großzügigkeit der sozialen Sicherung und Teilhabe, sondern dadurch, dass sie diese als Rechtsgarantie vertritt, was die CDU dem Grundgesetz seinerzeit verweigerte: menschliche Sicherheit als soziales Bürgerrecht. Das wäre eine offensive Neukonturierung des sozialdemokratischen Kompromisses und eine überzeugende Grundlage für die politische Zusammenarbeit mitte-links.



---

**Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. Zuletzt erschienen: *Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren* (edition suhrkamp).

*thomas.meyer@fes.de*